

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	4	Station 10: Politikverdrossenheit: Gefahr für die Demokratie? .....	46
<b>Materialien und Hinweise zu den einzelnen Stationen</b> .....	5	Station 11: Volksentscheide als Mittel gegen Politikverdrossenheit? .....	47
<b>Laufzettel</b> .....	7		
<b>Soziale Marktwirtschaft und Sozialstaat</b>		<b>Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung</b>	
Station 1: Die Soziale Marktwirtschaft (1–3) ..	8	Station 1: Terrorismus und Terrorbekämpfung (1+2) .....	48
Station 2: Das deutsche Sozialversicherungssystem (1+2) .....	11	Station 2: Die Vereinten Nationen/ United Nations (UN) (1–3) .....	50
Station 3: Arbeitslosengeld II: Was steckt hinter „Hartz IV“? .....	13	Station 3: Die NATO (1+2) .....	53
Station 4: Die Rentenversicherung (1+2) .....	14	Station 4: Menschenrechte kontra Wirtschaftsinteressen (1+2) .....	55
Station 5: Der Mindestlohn (1+2) .....	16	Station 5: Globale Wirtschaftsorganisationen .....	57
Station 6: UN-Behindertenrechtskonvention: Gleiche Chancen für alle? .....	18	Station 6: Weltweiter Klimawandel (1+2) .....	58
Station 7: Die deutsche Pflegeversicherung ....	19	Station 7: Entwicklungspolitik (1+2) .....	60
		Station 8: Weltwirtschaft: Was kann ich tun? .....	62
<b>Arbeit und Beruf</b>		<b>Das vereinte Europa</b>	
Station 1: Was kann ich, was will ich? (1–3) ...	20	Station 1: Die EU im Alltag (1+2) .....	63
Station 2: Die Berufsberatung: Auf dem Weg zum Traumberuf .....	23	Station 2: Die Institutionen der EU .....	65
Station 3: Das Vorstellungsgespräch (1+2) .....	24	Station 3: Der Europäische Binnenmarkt .....	66
Station 4: Der Ausbildungsvertrag .....	26	Station 4: Flucht und Migration nach Europa (1+2) .....	67
Station 5: Rechte und Pflichten als Arbeitnehmer .....	27	Station 5: Geflüchtete in der EU (1+2) .....	69
Station 6: Brutto oder Netto .....	28	Station 6: Europa in der Welt: Wohin führt der Weg? .....	71
Station 7: Arbeitslosigkeit (1–3) .....	29		
Station 8: Die Frauenquote (1+2) .....	32		
<b>Parlamentarische Demokratie</b>			
Station 1: Demokratische Grundwerte .....	34	<b>Lösungen</b> .....	72
Station 2: Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit .....	35	<b>Quellenverzeichnis</b> .....	96
Station 3: NSA-Skandal: Verstoß gegen demokratische Grundwerte? .....	36		
Station 4: Wehrhafte Demokratie .....	37		
Station 5: Wahlen (1+2) .....	38		
Station 6: Parteien .....	40		
Station 7: Entscheidungsträger (1+2) .....	41		
Station 8: Medien als 4. Gewalt .....	43		
Station 9: Interessenvertretung als 5. Gewalt (1+2) .....	44		

# Materialien und Hinweise zu den einzelnen Stationen

## Soziale Marktwirtschaft und Sozialstaat

Die Seiten 8 bis 19 sind in entsprechender Anzahl zu vervielfältigen und den Schülern bereitzulegen. Als Möglichkeit zur Selbstkontrolle können Lösungsseiten erstellt werden.

Seite 8	Station 1	<b>Die Soziale Marktwirtschaft (1–3)</b>
Seite 11	Station 2	<b>Das deutsche Sozialversicherungssystem (1+2):</b> Computer mit Internetzugang bereitstellen
Seite 13	Station 3	<b>Arbeitslosengeld II: Was steckt hinter „Hartz IV“?:</b> evtl. Computer mit Internetzugang bereitstellen
Seite 14	Station 4	<b>Die Rentenversicherung (1+2)</b>
Seite 16	Station 5	<b>Der Mindestlohn (1+2):</b> Computer mit Internetzugang, Zeitungen und Bücher bereitstellen
Seite 18	Station 6	<b>UN-Behindertenrechtskonvention: Gleiche Chancen für alle?:</b> evtl. Computer mit Internetzugang bereitstellen
Seite 19	Station 7	<b>Die deutsche Pflegeversicherung</b>

## Arbeit und Beruf

Die Seiten 20 bis 33 sind in entsprechender Anzahl zu vervielfältigen und den Schülern bereitzulegen. Als Möglichkeit zur Selbstkontrolle können Lösungsseiten erstellt werden.

Seite 20	Station 1	<b>Was kann ich, was will ich? (1–3)</b>
Seite 23	Station 2	<b>Die Berufsberatung: Auf dem Weg zum Traumberuf:</b> Computer mit Internetzugang bereitstellen, evtl. einen Berufsberater einladen
Seite 24	Station 3	<b>Das Vorstellungsgespräch (1+2):</b> optional Kamera bereitstellen
Seite 26	Station 4	<b>Der Ausbildungsvertrag:</b> Computer mit Internetzugang oder 2. Abschnitt des Berufsausbildungsgesetzes (BBiG) bereitstellen
Seite 27	Station 5	<b>Rechte und Pflichten als Arbeitnehmer:</b> Computer mit Internetzugang bereitstellen
Seite 28	Station 6	<b>Brutto oder Netto:</b> Computer mit Internetzugang bereitstellen
Seite 29	Station 7	<b>Arbeitslosigkeit (1–3)</b>
Seite 32	Station 8	<b>Die Frauenquote (1+2):</b> Computer mit Internetzugang bereitstellen

## Parlamentarische Demokratie

Die Seiten 34 bis 47 sind in entsprechender Anzahl zu vervielfältigen und den Schülern bereitzulegen. Als Möglichkeit zur Selbstkontrolle können Lösungsseiten erstellt werden.

- Seite 34 Station 1 **Demokratische Grundwerte:** Grundgesetz bereitlegen
- Seite 35 Station 2 **Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit:** Grundgesetz bereitlegen
- Seite 36 Station 3 **NSA-Skandal: Verstoß gegen demokratische Grundwerte?:** Computer mit Internetzugang und Grundgesetz bereitstellen
- Seite 37 Station 4 **Wehrhafte Demokratie:** evtl. Computer mit Internetzugang bereitstellen
- Seite 38 Station 5 **Wahlen (1+2):** evtl. Computer mit Internetzugang bereitstellen
- Seite 40 Station 6 **Parteien:** Computer mit Internetzugang oder Grundgesetz und Parteiengesetz bereitstellen
- Seite 41 Station 7 **Entscheidungsträger (1+2):** evtl. Computer mit Internetzugang bereitstellen
- Seite 43 Station 8 **Medien als 4. Gewalt**
- Seite 44 Station 9 **Interessenvertretung als 5. Gewalt (1+2):** Computer mit Internetzugang bereitstellen
- Seite 46 Station 10 **Politikverdrossenheit: Gefahr für die Demokratie?:** Computer mit Internetzugang oder Zeitungen bereitstellen
- Seite 47 Station 11 **Volksentscheide als Mittel gegen Politikverdrossenheit?:** Computer mit Internetzugang bereitstellen

## Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung

Die Seiten 48 bis 62 sind in entsprechender Anzahl zu vervielfältigen und den Schülern bereitzulegen. Als Möglichkeit zur Selbstkontrolle können Lösungsseiten erstellt werden.

- Seite 48 Station 1 **Terrorismus und Terrorbekämpfung (1+2):** Computer mit Internetzugang bereitstellen
- Seite 50 Station 2 **Die Vereinten Nationen / United Nations (UN) (1-3):** Politikbuch, UN-Charta im Grundgesetz und Computer mit Internetzugang bereitstellen
- Seite 53 Station 3 **Die NATO (1+2):** Politikbuch, Computer mit Internetzugang und Grundgesetz bereitstellen
- Seite 55 Station 4 **Menschenrechte kontra Wirtschaftsinteressen (1+2)**
- Seite 57 Station 5 **Globale Wirtschaftsorganisationen:** Computer mit Internetzugang bereitstellen
- Seite 58 Station 6 **Weltweiter Klimawandel (1+2):** Computer mit Internetzugang und Drucker bereitstellen
- Seite 60 Station 7 **Entwicklungspolitik (1+2):** Computer mit Internetzugang bereitstellen
- Seite 62 Station 8 **Weltwirtschaft: Was kann ich tun?:** Computer mit Internetzugang bereitstellen, evtl. Preisvergleich in einem Supermarkt durchführen

## Das vereinte Europa

Die Seiten 63 bis 71 sind in entsprechender Anzahl zu vervielfältigen und den Schülern bereitzulegen. Als Möglichkeit zur Selbstkontrolle können Lösungsseiten erstellt werden.

- Seite 63 Station 1 **Die EU im Alltag (1+2):** Computer mit Internetzugang bereitstellen
- Seite 65 Station 2 **Die Institutionen der EU:** Schere, Kleber
- Seite 66 Station 3 **Der Europäische Binnenmarkt**
- Seite 67 Station 4 **Flucht und Migration nach Europa (1+2):** Computer mit Internetzugang oder Zeitungen bereitstellen
- Seite 69 Station 5 **Geflüchtete in der EU (1+2):** Computer mit Internetzugang und aktuelle Tageszeitungen bereitstellen
- Seite 71 Station 6 **Europa in der Welt: Wohin führt der Weg?:** Computer mit Internetzugang oder aktuelle Tageszeitungen bereitstellen

# Laufzettel

für \_\_\_\_\_

## Pflichtstationen

Stationsnummer	erledigt	kontrolliert
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		

## Wahlstationen

Stationsnummer	erledigt	kontrolliert
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		

# Vorwort

Bei den vorliegenden Stationsarbeiten handelt es sich um eine Arbeitsform, bei der unterschiedliche Lernvoraussetzungen, unterschiedliche Zugänge und Betrachtungsweisen und unterschiedliche Lern- und Arbeitstempi der Schüler<sup>1</sup> Berücksichtigung finden. Die Grundidee ist, den Schülern einzelne Arbeitsstationen anzubieten, an denen sie gleichzeitig selbstständig arbeiten können. Die Reihenfolge des Bearbeitens der einzelnen Stationen ist dabei ebenso frei wählbar wie das Arbeitstempo und meist auch die Sozialform.

Innerhalb einer Stationsarbeit können Sie als Lehrkraft Stationen als Wahl- und als Pflichtaufträge deklarieren (siehe Laufzettel). Aufgrund der individuellen Lernvoraussetzungen haben wir bewusst auf eine Vorgabe verzichtet.

Als dominierende Unterrichtsprinzipien sind bei allen Stationen die Schülerorientierung und Handlungsorientierung aufzuführen.

Schülerorientierung meint, dass die Lehrkraft in den Hintergrund tritt und nicht mehr im Mittelpunkt der Interaktion steht. Diese wird zum Beobachter, Berater und Moderator. Aufgabe ist nicht das Strukturieren und Darbieten des Lerngegenstandes in kleinsten Schritten. Durch die vorbereiteten Stationen schafft die Lehrkraft eine Lernatmosphäre, in der Schüler sich Unterrichtsinhalte eigenständig erarbeiten bzw. Lerninhalte festigen und vertiefen können.

Handlungsorientierung meint, dass das angebotene Material und die Arbeitsaufträge für sich selbst sprechen. Der Unterrichtsgegenstand und die zu gewinnenden Erkenntnisse werden nicht durch die Lehrkraft dargeboten, sondern durch die Auseinandersetzung mit dem Material und die eigene Tätigkeit gewonnen und begriffen.

Mit dieser Veröffentlichung möchten wir – wie bereits erwähnt – Materialien zur Verfügung stellen, die den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen von Schülern gerecht werden. Jeder Einzelne erhält seinen eigenen Zugang zum inhaltlichen Lernstoff. Die einzelnen Stationen ermöglichen das Lernen mit allen Sinnen bzw. berücksichtigen die unterschiedlichen Lerneingangskanäle. Dabei werden sowohl visuelle (sehorientierte) als auch haptische (fühlorientierte) und auch intellektuelle Lerntypen angesprochen. An dieser Stelle werden auch gleichermaßen die Bruner'schen Repräsentationsebenen (enaktiv bzw. handelnd, ikonisch bzw. visuell und symbolisch) mit einbezogen. Aus Ergebnissen der Wissenschaft ist bekannt: Je mehr Eingangskanäle angesprochen werden, umso besser und langfristiger wird Wissen gespeichert und dementsprechend fester verankert. Das vorliegende Arbeitsheft unterstützt in diesem Zusammenhang das Erinnerungsvermögen, das nicht nur an Einzelheiten und Begriffe geknüpft ist, sondern häufig auch an die Lernsituation.

Mithilfe der vorliegenden Arbeitsblätter erhalten die Schüler einen politischen, ökologischen, wirtschaftlichen, in Ansätzen auch geschichtlichen und geografischen Überblick über Deutschland, Europa und die Welt. Sie erfahren, dass ihr eigener Lebensraum und die dort gegebenen Lebensbedingungen nicht isoliert betrachtet werden können.

Die Materialien sind speziell für den Einsatz im Gymnasium entwickelt. Sie berücksichtigen die in den Lehrplänen der Bundesländer formulierten zu vermittelnden Kompetenzen (Kenntnisse, Einsichten, Arbeitstechniken und Methoden).

<sup>1</sup> Aufgrund der besseren Lesbarkeit ist in diesem Buch mit Schüler auch immer Schülerin gemeint, ebenso verhält es sich mit Lehrer und Lehrerin etc.

## Aufgabe 1

*Die „unsichtbare Hand“ als Motor der (Freien) Marktwirtschaft?*

- Erkläre mithilfe des Textes die Funktionsweise der „unsichtbaren Hand“ anhand eines eigenen Beispiels.
- Begründe, ob und, wenn ja, wo du Probleme bei dem Fazit von Smith siehst (der Staat solle Eingriffe in die Wirtschaft unterlassen, da diese von alleine funktionieren).

Der Mensch ist ein Egoist. Diese Aussage lässt sich als Teilfazit festhalten, welches man nach der Lektüre vieler Schriften des Wirtschaftswissenschaftlers Adam Smith (1723–1790) ziehen kann. Damit begründete er eine lange Zeit vorherrschende Meinung, wonach der Handel auf der Welt schon immer ohne jegliche staatliche Eingriffe funktioniert und steigenden Wohlstand und Fortschritt mit sich gebracht habe.

Seine einfache Erklärung: Der Mensch denke nur an sich selbst und an seinen Gewinn. Somit habe also beispielsweise auch ein Fabrikbesitzer nur seinen persönlichen Reichtum im Auge. Um ihn zu steigern, verbessere er zum Beispiel die Produktionsmethoden, erhöhe die Produktvielfalt und stelle mehr Leute ein, um mehr produzieren zu können. Dafür baue er neue Produktionsanlagen und würde dafür Aufträge an andere Firmen vergeben. Es gehe ihm somit rein um seinen eigenen Gewinn. Dennoch würden dadurch die Firmen durch die Aufträge profitieren, die Konsumenten durch die neuen Produkte, die Arbeitnehmer durch ihre Jobs und der Fortschritt durch neue Erfindungen. Auch der Staat nehme so mehr Steuern ein, denn aufgrund des eigenen Sicherheitsbestrebens investiere der Fabrikbesitzer in sein eigenes Land. Es sei nicht sein Ziel, doch der Fabrikbesitzer Sorge durch seinen Egoismus für den Wohlstand aller – gelenkt durch eine sogenannte „unsichtbare Hand“. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft seien somit nicht nötig. Der Staat müsse lediglich für Sicherheit (Verteidigung), zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen sowie für allgemeingültige Gesetze zum Beispiel zum Schutz vor Ungerechtigkeit sorgen.



## Aufgabe 2

*Die Planwirtschaft als Antwort auf den zerstörerischen Egoismus?*

- Erkläre mithilfe des Textes die Funktionsweise der „Planwirtschaft“ anhand eines eigenen Beispiels.
- Begründe, ob und, wenn ja, wo du Probleme beim Konzept siehst (der Staat solle alles in der Wirtschaft zentral steuern, um Ungerechtigkeiten zu vermeiden).

Nach dem Zweiten Weltkrieg musste man sich in Deutschland entscheiden: Welche Wirtschaftsform sollte man wählen, um den Wiederaufbau gewährleisten zu können? Viele glaubten den Ideen Smiths nicht. Vielmehr sahen einige Menschen die Schuld gerade bei den Personen, welche durch Eigeninteressen und dem Streben nach Macht und Gewinn zum Ausbruch des Krieges beigetragen hätten. In den sozialistisch geprägten Ländern sah man zusätzlich das Problem, dass die Fabrikbesitzer die armen Arbeiter nur ausgebeutet und ihren Reichtum auf deren Kosten angehäuft hätten. Fabriken sollten sich daher nicht im Privat-, sondern im Staatseigentum befinden. Wenn alles allen gehöre, dann gebe es keine Armen oder Reichen mehr. Eine zentrale Stelle im Staat solle in dieser „Planwirtschaft“ alles zentral planen und koordinieren: Welches Gut wird wann wo gebraucht und von wem produziert? Für alles würde ein Gesamtplan über einen bestimmten Zeitraum angelegt, welcher dann abgearbeitet werden sollte.

# Die Soziale Marktwirtschaft (2)

## Aufgabe 3

Fasse die wichtigsten Aussagen des Textes in eigenen Worten zusammen. Erkläre dabei die kursiv gedruckten Begriffe.

In Deutschland entschied man sich schließlich weder für die Planwirtschaft, noch für die Freie Marktwirtschaft. Man wählte den Mittelweg: die Soziale Marktwirtschaft. Hier galt der folgende Grundsatz: „So viel Freiheit wie möglich, so viel staatlicher Zwang wie nötig.“ Jeder soll also im Sinne einer Freien Marktwirtschaft seinen Besitz so investieren, wie man es für richtig erachtet. Es soll vom Staat möglichst keine Eingriffe in die *Preisbildung* (und damit in *Angebot und Nachfrage*) geben (Marktkonformitätsprinzip). Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft greift aber im Sinne des sozialen Ausgleichs immer dann in den Markt ein, wenn soziale Ungerechtigkeiten entstehen oder entstehen könnten. Er soll sich also um Bildung, Infrastruktur oder auch die Umwelt kümmern, was allen zugutekommt und durch Steuern von allen bezahlt wird. Vor allem soll er aber für die soziale Gerechtigkeit das Geld durch weitere Steuereinnahmen in soziale Leistungen investieren (z. B. Arbeitslosengeld oder Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit). Alle im Staat lebenden Personen sollen vom wirtschaftlichen Wohlstand profitieren und durch Solidarität Sicherheit erfahren (Sozialstaatsprinzip). Der Staat soll jedoch keinesfalls störend in den Markt eingreifen, sondern vielmehr für eine Sicherung des freien Wettbewerbs sorgen: Er stellt für alle feste Regeln auf, schafft *Investitionsanreize* und verbietet unter anderem *Kartelle* und *Monopole* (Wettbewerbsprinzip).

## Aufgabe 4

Ordne die Begriffe richtig ein.

### Ziele der Sozialen Marktwirtschaft

#### Wirtschaftliche Freiheiten, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

So viel unternehmerische Freiheit, so viel Markt, so viel freier Wettbewerb wie möglich	
So viel Staat durch gesetzliche Auflagen, Eingriffe in den Markt und Kontrollen wie nötig	
So viel Sicherheit und Gerechtigkeit wie möglich	

- Freie Berufswahl
- Verbot von Preisabsprachen
- Konsumfreiheit
- Jugend- u. Arbeitsschutzgesetz
- Gewerbefreiheit
- Verbot von unlauterem Wettbewerb
- Sozialversicherung
- Umweltschutzaufgaben
- Vertragsfreiheit
- Informationspflicht über Produkte
- Niederlassungsfreiheit
- Arbeitslosengeld
- Steuerrecht
- Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen
- HARTZ IV (ALG II)
- Kindergeld

**Station 1**

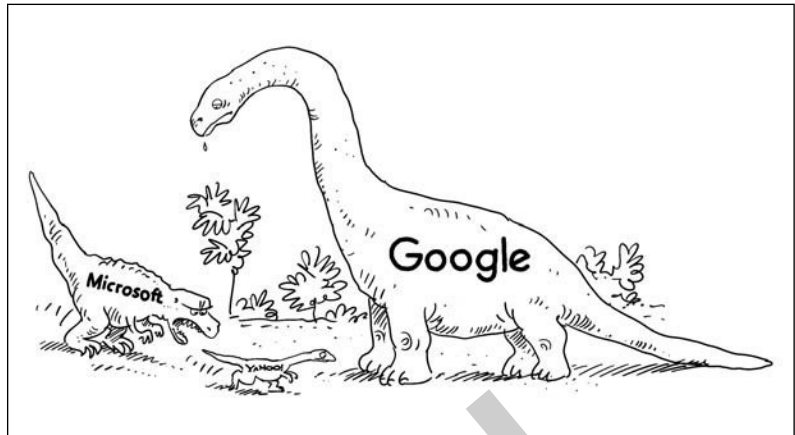
**Die Soziale Marktwirtschaft (3)**

Name: \_\_\_\_\_

**Aufgabe 5**

Analysiere die Karikatur. Gehe dabei wie folgt vor:

- a) Beschreibe, was du auf der Karikatur sehen kannst.
- b) Fasse die Aussage der Karikatur zusammen.
- c) Begründe, welches Problem mit der Karikatur angesprochen werden soll.



In den letzten Jahren hat ein neues Verb Einzug in den Sprachgebrauch gehalten: googeln. Die dazugehörige Internetsuchmaschine kennt jeder. Der Großkonzern Google® wächst unaufhaltsam. Neben der Suchmaschine gehören zum Unternehmen auch noch Plattformen wie YouTube®, der E-Mail-Dienst Gmail, der Internetbrowser Chrome oder das Handybetriebssystem Android®. Dies zeigt den großen Einfluss des Unternehmens auf dem Markt. All diese Marken haben in ihren jeweiligen Branchen entweder eine führende Position inne oder sind auf dem besten Weg dahin. Die Marktanteile allein der Suchmaschine liegen in Deutschland bei über 90 %. Google® führt dies nach eigenen Angaben auf innovative und kundenorientierte Angebote zurück, welche man durch den hohen und vor allem freiwilligen Zuspruch der Nutzer noch ausbauen können. Kritiker hingegen werfen Google® seit Jahren den Missbrauch seiner Marktstellung vor. In Deutschland hat der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) vor einiger Zeit angekündigt, Google® bei einem nachweislichen Missbrauch der Marktmacht zerschlagen zu wollen (Aufteilung in Einzelkonzerne). Erst Mitte Juli 2016 eröffnete die EU bereits ihr drittes Verfahren gegen Google®, weil man einen Missbrauch der Marktmacht vermutete. Bereits zuvor waren u. a. Strafen in Höhe von über drei Milliarden Euro angedroht worden, weil Google® beispielsweise Suchergebnisse manipuliert und gesponserte Webseiten immer zuerst anzeigt haben soll. Dadurch schränke man die Möglichkeiten der Konkurrenz zur Werbung ein, indem Seiten mit entsprechenden Anzeigen schwer zu finden seien.

**Aufgabe 6**

Notiere in einer Tabelle Vor- und Nachteile, welche die Monopolstellung von Google® für andere Anbieter, Verbraucher und den Staat mit sich bringen könnte.

**Aufgabe 7**

- a) Begründe, ob man die Macht von Google® begrenzen sollte.
- b) Diskutiere Möglichkeiten, wie man als Verbraucher und wie man als Staat die Marktposition von Google® verändern könnte.



# Das deutsche Sozialversicherungssystem (1)

Das Grundgesetz legt in Artikel 20 fest, dass die Bundesrepublik Deutschland ein „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ ist. Dieses Sozialgebot bestimmt, dass jeder Bürger Anspruch auf einen angemessenen Lebensstandard und ein menschenwürdiges Leben hat. Soziale Unterschiede werden bis zu einem gewissen Grad ausgeglichen, damit alle Bürger an gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen teilnehmen können. Außerdem sollen die Existenzgrundlagen der Bürger gesichert werden. Die Tätigkeit des Staates ist zudem an Gesetz und Recht gebunden.

## Aufgabe 1

Ergänze den Text mit passenden Wörtern aus dem Kasten.

Unfallversicherung – je 50% – Arbeits- und Wegeunfällen – Arbeitslosenversicherung – Verlust des Arbeitsplatzes – Pflegeversicherung – Alter – Krankenversicherung – Unfallversicherung – Sozialversicherungssystem – Pflegebedarf – Beiträge – 100% – Krankheitsfall – Rentenversicherung

### Die Sozialversicherung

Das deutsche \_\_\_\_\_ besteht aus fünf Einzelversicherungen:  
 Die \_\_\_\_\_ führt Unfallverhütungsmaßnahmen durch und übernimmt die Kosten bei \_\_\_\_\_ sowie bei Berufskrankheiten.  
 Die \_\_\_\_\_ ist zuständig für die Gesundheitsvorsorge und übernimmt einen Teil der Kosten im \_\_\_\_\_. Die \_\_\_\_\_ zahlt Arbeitslosengeld und betreibt Arbeitsvermittlung. Außerdem hilft sie bei \_\_\_\_\_. Die \_\_\_\_\_ sichert die Arbeitnehmer im \_\_\_\_\_ und bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit ab. Die \_\_\_\_\_ hilft bei \_\_\_\_\_ im Alter und bei Krankheit. Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen die \_\_\_\_\_ zu den Sozialversicherungen zu \_\_\_\_\_, nur die Beiträge zur \_\_\_\_\_ zahlt der Arbeitgeber zu \_\_\_\_\_.

## Aufgabe 2

Der deutsche Sozialstaat beruht auf dem Solidaritätsprinzip. Erkläre dessen Funktionsweise anhand der Krankenversicherung.

---

---

---

---

---

---

---

## Arbeitslosigkeit (2)

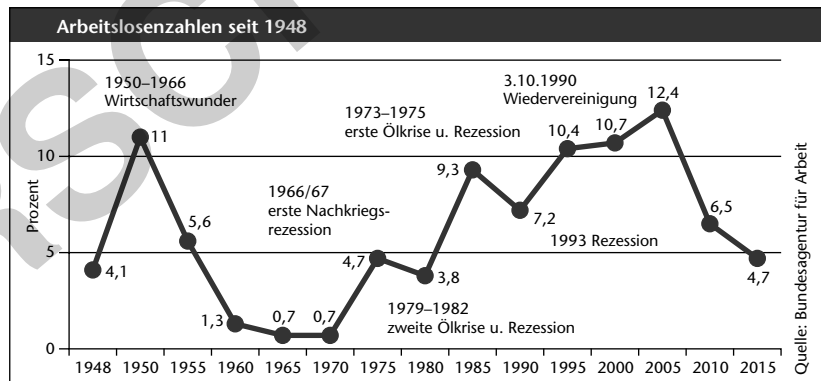
### Aufgabe 3

Erläutere, welche Folgen die Arbeitslosigkeit einer einzelnen Person generell haben kann.

- a) Für den Betroffenen selbst: \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- b) Für seine Familie: \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- c) Für den Staat: \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- d) Für die Wirtschaft: \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_

### Aufgabe 4

Analysiere die Grafik. Beschreibe den Verlauf der Kurve und recherchiere, welche Ursachen (Formen) für Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren hauptsächlich ausschlaggebend waren.



Gehe dabei wie folgt vor:

- Allgemeine Informationen zur Statistik
  - Quellenangaben
  - Thema der Statistik: Was wird dargestellt?
  - Gewählte Darstellungsform: Reelle oder geschätzte Zahlen?
- Analyse der Statistik
  - Erläuterung der Inhalte/Informationen anhand der wichtigen Auffälligkeiten (Spitzen, Einbrüche, Wendungen, zu erkennende Trends etc.)
  - Herstellung von Zusammenhängen
- Zusammenfassung der zentralen Aussagen
  - Was wird ausgesagt?
  - Wie sind die Aussagen zu bewerten? (Rückgriff auf Vorwissen)
  - Eventuelle Kritik (unseriöse Quelle, schlechte Verständlichkeit etc.)

# Die Frauenquote (1)

Am 01.01.2016 trat die feste Geschlechterquote von 30 % für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten in über 100 börsennotierten und voll mitbestimmten Unternehmen in Kraft („Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen“). Dazu müssen weitere 3 500 große Unternehmen eigene Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten, Vorständen und obersten Management-Ebenen erarbeiten und einhalten. Auch im öffentlichen Dienst gilt eine entsprechende Quote. Dadurch soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen deutlich verbessert werden, um eine Gleichberechtigung zu erlangen. Die damalige Familienministerin Manuela Schwesig würdigte das Gesetz als „historisch“; es würde in den Unternehmen ein Umdenken anstoßen und die generelle Gleichberechtigung fördern, da in Zukunft auch Frauen über Lohn und Arbeitsbedingungen entscheiden würden – und dies käme allen Frauen im Betrieb und somit einer generellen Gleichberechtigung zugute.

Die Gleichberechtigung wird auch von unserem Grundgesetz im 3. Artikel gefordert, wengleich viele Kritiker der Quote dieses Grundrecht auch als Argument gegen die Quote anführen und somit deutlich machen, dass die Regelung nach wie vor umstritten ist.

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

## Aufgabe 1

Erkläre in eigenen Worten, wie sich der 3. Artikel sowohl als Argument für als auch als Argument gegen die Quote auslegen lässt.

## Aufgabe 2

Analysiere die Statistik.

Gehe dabei wie folgt vor:

1. Allgemeine Informationen zur Statistik
  - Quellenangaben
  - Thema der Statistik: Was wird dargestellt?
  - Gewählte Darstellungsform: Reelle oder geschätzte Zahlen?
2. Analyse der Statistik
  - Erläuterung der Inhalte/Informationen anhand der wichtigen Auffälligkeiten (Spitzen, Einbrüche, Wendungen, zu erkennende Trends etc.)
  - Herstellung von Zusammenhängen
3. Zusammenfassung der zentralen Aussagen
  - Was wird ausgesagt?
  - Wie sind die Aussagen zu bewerten? (Rückgriff auf Vorwissen)
  - Eventuelle Kritik (unseriöse Quelle, schlechte Verständlichkeit etc.)

### Frauen im Topmanagement

Anteil der Frauen in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen, die in diesen Indizes gelistet sind:

Aufsichtsräte	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Dax	106 / 488 Sitze	22
MDax	98 / 592	17
SDax	48 / 374	13
TecDax	34 / 205	17

Vorstände	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Dax	12 / 186 Sitze	6
MDax	8 / 201	4
SDax	13 / 170	8
TecDax	6 / 95	6

Daten entnommen: FidAR, 2014

## Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit

Durch die Eindrücke des Zweiten Weltkriegs und der Grausamkeiten gegenüber Menschen schlossen sich viele Staaten ab 1945 zu den „Vereinten Nationen“ (United Nations/UN) zusammen. Gemeinsam wurde 1948 die UN-Menschenrechtscharta veröffentlicht, welche allgemeine Grundsätze zur Sicherung der Rechte eines jeden Einzelnen beinhaltet. Vieles davon findet sich in den Grundrechten im deutschen Grundgesetz wieder (siehe die Artikel 1–19). Diese Grundrechte sind dank des sogenannten Rechtsstaatsprinzips auch vor Politik oder Polizei geschützt: Nach Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes sind alle Menschen und damit auch der Gesetzgeber (vor allem der Bundestag), die Ausführer der Gesetze (Bundesregierung und Polizei) sowie die Rechtsprechung (die Gerichte) verpflichtet, sich unabhängig von ihrem Amt oder Stand an die geltenden Gesetze zu halten. Für jeden Menschen muss immer klar sein, welche Folgen sein Handeln haben kann.

### Auszug aus der UN-Menschenrechtscharta

*Artikel 1: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. [...]*

*Artikel 2: Jeder hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied [...]*

*Artikel 3: Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.*

*Artikel 5: Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.*

*Artikel 7: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.*

### Ist Menschenwürde nicht gleich Menschenwürde?

Im September 2002 entführte der Jurastudent Magnus Gäfgen den 11-jährigen Jakob von Metzler. Er stellte eine Lösegeldforderung, ermordete den Jungen unbemerkt aber trotzdem. Bei der Abholung des Geldes wurde er identifiziert und im Anschluss einen Tag lang überwacht. Als er keine Versuche unternahm, den Jungen aufzusuchen, sondern damit begann, das Geld auszugeben, sorgte sich der zuständige Frankfurter Polizeivizepräsident Wolfgang Daschner um das Wohl des Kindes. Er ließ Gäfgen verhaften, doch dieser leugnete die Tat und erfand viele Ausreden. Aus Verzweiflung ordnete Daschner an, Gäfgen mit Folter zu drohen. Letztlich gestand Gäfgen und man fand das tote Kind. Gegen Daschner, welcher sich selber anzeigte, kam es aufgrund der Folterandrohungen 2004 zu einem Prozess. Er berief sich auf die Würde und das Wohl des – so nahm er es an – noch lebenden Kindes; es sei eine Notsituation gewesen. Das Gericht sah jedoch die Würde Gäfgens verletzt: Bei Grundrechten gebe es keine Ausnahmen und sein Verhalten sei somit ungesetzlich gewesen. Verurteilt wurde Daschner aufgrund mildernder Umstände zu einer Geldstrafe auf Bewährung.

### Aufgabe 1

Stelle Argumente für und gegen die Verurteilung von Herrn Daschner zusammen. Orientiere dich dabei an den Grundrechten, weiteren Artikeln aus dem Grundgesetz (z.B. Artikel 1, 104) sowie den oben angeführten Artikeln aus der UN-Charta.

### Aufgabe 2

Diskutiere mit drei anderen Lernpartnern über den Fall. Verfasse im Anschluss entweder eine Verteidigungsrede für Herrn Daschner oder eine Anklageschrift des Staatsanwaltes. Begründe im Anschluss deine Entscheidung.

## Wahlen (1)

Der Deutsche Bundestag ist das einzige direkt vom Volk gewählte oberste legislative (gesetzgebende) Bundesorgan und die Volksvertretung. Seine Mitglieder diskutieren über die wichtigsten gesamtdeutschen politischen Fragen und Probleme und legen die Gesetze fest. Dementsprechend wichtig ist dieses Organ und somit sollte das Volk auch genau überlegen, wen es warum in dieses Gremium wählt. Auch die Art und Weise, wie eine solche Wahl stattfinden sollte, ist daher sehr wichtig und durch entsprechende Gesetze geregelt.



### Aufgabe 1

- a) Stelle Wahlgrundsätze zusammen, nach welchen du die Mitglieder des Bundestages wählen würdest. Definiere dabei auch den Zeitraum, für welchen die Abgeordneten gewählt werden sollten. Begründe deine Angaben.

---

---

---

---

---

---

---

---

- b) Vergleiche deine Angaben mit dem gültigen Recht, welches du in den Artikeln 38 und 39 des Deutschen Grundgesetzes findest. Erkläre dabei die fünf offiziellen Wahlgrundsätze, welche du dort findest.

---

---

---

---

---

---

---

---

- c) Im Artikel 38 des Grundgesetzes steht auch, dass jeder Abgeordneter nur seinem eigenen Gewissen untergeordnet ist. Erläutere, was darunter zu verstehen ist und warum dies für eine Demokratie wichtig ist.

---

---

---

---

---

---

---

---

2. Die Grafik stellt in Form eines Kreisdiagramms in verschiedenen Graustufen und unter Angabe entsprechender Prozentzahlen dar, welche Berufe die Abgeordneten des 18. Bundestags ursprünglich erlernt haben. Fast ein Drittel arbeitete im öffentlichen Dienst, knapp jeder Fünfte war selbstständig und jeweils ca. 16 % waren in der Wirtschaft angestellt oder bei einer politischen bzw. gesellschaftlichen Organisation tätig. Die übrigen knapp 20 % sind unterschiedlich verteilt.

4. a) Wird nach diesem Prinzip gewählt, so existieren Wahllisten von Parteien/Wahlgemeinschaften mit Personen, zwischen denen man sich frei entscheiden kann. „Kumulieren“ bedeutet, dass man mehrere Stimmen hat, welche man auf verschiedene Kandidaten einer Liste verteilen bzw. auch mehrere Stimmen an einen einzigen Kandidaten geben kann. „Panaschieren“ bedeutet, dass man hier zusätzlich die Möglichkeit hat, die Stimmen auf Kandidaten verschiedener Wahllisten (von verschiedenen Parteien) zu verteilen.

## Station 6: Parteien

Seite 40

1. Parteien sind für die politische Willensbildung der Bevölkerung zuständig. Sie bündeln die Interessen der Bevölkerung und tragen diese an die Politik heran bzw. setzen sie um. Dazu stellen sie Personen für politische Ämter zur Verfügung, stellen sich zur Wahl und halten die Ziele und Wünsche der Mitglieder und der Bevölkerung in Grundsatz- und Wahlprogrammen fest. Ebenfalls sind sie für die politische Bildung zuständig sowie generell das Bindeglied zwischen Volk und Politik. Sie müssen demokratischen Grundsätzen folgen, entsprechend organisiert sein und müssen Rechenschaft über alle ihre finanziellen Einkünfte ablegen. Zudem können nur deutsche Staatsbürger Mitglied werden, ebenso muss die Gründung frei sein und es darf keine spürbare Beeinflussung durch Einzelpersonen, Firmen oder gar das Ausland stattfinden.

## Station 7: Entscheidungsträger (1+2)

Seite 41

1. Exekutive: Bürgermeister, Polizei, Bundeskanzler. Legislative: Gemeindeparlament, Landtag. Judikative: Bundesverfassungsgericht. Der Bundespräsident zählt streng genommen zu keiner der Gewalten, passt aber am ehesten zur Exekutive.

2. a) In Deutschland kann das Volk lediglich die Legislative wählen. Zudem sind die Gewalten nicht voneinander getrennt, denn die Exekutive entsteht in der Regel vollständig aus der Legislative. Dazu wählt u. a. ein Teil der Legislative die Richter des Bundesverfassungsgerichts, wodurch auch hier keine Trennung vorhanden ist.

b) *Mögliche Antwort:*

Es ist von Vorteil, wenn nicht das Volk, sondern die vom Volk gewählten Experten eine Person für das so wichtige Amt des Bundeskanzlers auswählen. Jedoch könnte man auch kritisch anmerken, dass das Volk letztlich nur eine der Gewalten selbst beeinflussen kann, was weniger im demokratischen Sinne der Väter der Gewaltenteilung liegt.

3. a) *Ein Fokus sollte auf die Tagesaufgaben des Bundeskanzlers sowie auf Eigenschaften gelegt werden, welche für ein solches Amt sicher wichtig sind (integer, rechtssicher, kommunikativ, selbstbewusst, souverän, verlässlich etc.).*

5. Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat, Bundestag, Bundestag, Bundesrat, Bundesrat, Bundestag, Bundesrat, Bundestag, Bundesregierung, Bundesminister, Bundeskanzler, Bundespräsidenten, Bundesverfassungsgericht.